TERMINE

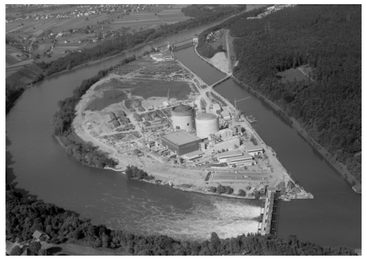
- **Offene Sitzung der Arbeitsgruppe Zukunftspolitik:**
  Di 29. Mai, 18:30, Parteisekretariat
- **Mitgliederversammlungen:**
  Di 21. August, Zofingen
  Di 23. Oktober, Kulm
  jeweils ab 19:30 Uhr
- **DV Grüne Schweiz:**
  25. August, 27. Oktober
- **Abstimmungstermine:**
  10. Juni, 23. September,
  25. November
- **Grüner Stammtisch Aarau:**
  Do 24. Mai mit Sarah Grossenbacher, Sharing-Economy-Projekt shaare
  Mi 27. Juni mit Daniel Ballmer, Verfechter der Losdemokratie
  20 Uhr, Garage, Kirchplatz 6
- **Grüner Stammtisch Baden:**
  Mi 13. Juni, Mi 7. November
  19 Uhr, UnvermeidBar

ENERGIEPOLITIK

BEZNAU – SKANDALÖS!

Skandal I: Das älteste AKW der Welt – Beznau I – ist nach fast drei Jahren «Schadensabklärungen» wider alle Vernunft wieder am Netz. Skandal II: Gleichzeitig versucht der Bundesrat, den Strahlenschutz um das Hundertfache zu schwächen.

Irène Kälin, Nationalrätin ▸ Trotz einer in vielerlei Hinsicht technisch stark veralteten Anlage, trotz mutmasslichem Verstoss gegen die Strahlenschutzbestimmungen – und nun auch noch trotz eines mangelhaften Reaktordruckbehälters hat das ENSI im März grünes Licht für das Wiederanfahren von Beznau I gegeben. Damit hat das ENSI einmal mehr bewiesen, dass ihm der Schutz der AKW-Betreiber wichtiger ist als der Schutz der Bevölkerung. Dass das älteste AKW wieder am Netz ist, ist ein Skandal. Die Mängelliste des Uralt-Reaktors wird immer länger, und damit steigt das Risiko für Mensch und Umwelt massiv.
Mit der Sicherheit der Bevölkerung spielt auch der Bundesrat. Er will die Verordnungen zur AKW-Sicherheit revidieren, um die Beznau-Betreiberin Axpo und die Atomaufsicht ENSI vor einer möglichen Niederlage vor Gericht zu schonen. Zu diesem Zweck weicht er den geltenden Strahlenschutz massiv auf und erhöht damit das nukleare Risiko für die Bevölkerung. Seit 2015 steht der Verein BeznauVerfahren zusammen mit Anwohnenden und Umweltorganisationen in einem Gerichtsverfahren gegen die Atomaufsicht ENSI und die Beznau-Betreiberin Axpo. Der Vorwurf: Das ENSI wende die Sicherheitsbestimmungen bei Erdbeben im AKW Beznau falsch an. Die vom Bundesrat eingeleitete Verordnungsrevision übernimmt nun exakt



den Standpunkt des ENSI vor Bundesverwaltungsgericht und unterläuft damit die gerichtliche Überprüfung. Das ist nicht nur rechtsstaatlich bedenklich, sondern ein echter Skandal und ein gefährliches Spiel.
Der Bundesrat, das ENSI und die Beznau-Betreiberin AXPO schauen nur für sich, exponieren damit die Bevölkerung unzumutbaren Strahlenrisiken und missachten zentrale Lehren aus dem GAU von Fukushima. Nicht mit uns. Auch wenn der Kampf heute noch nicht gewonnen ist, wir werden Alarm schlagen, Mahnwachen halten, unangenehme Fragen stellen, auf nationaler und kantonaler Ebene politisch vorstössig bleiben, bis der Stecker von Beznau I endlich endgültig gezogen wird. Zum Glück sind unsere deutschen Nachbarn ebenso besorgt wie wir und helfen uns, den Druck auf ENSI, Bundesrat und Beznau-Betreiberin zu erhöhen. Die Sicherheit der Bevölkerung muss an erster Stelle stehen. ■

Foto: Werner Friedli

PAROLEN

Abstimmung vom 10. Juni 2018:

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

- **JA** zur Vollgeld-Initiative
- **NEIN** zur Revision des Geldspielgesetzes

IMPRESSUM
Der Grüne Rundbrief ist das Publikationsorgan der Grünen Aargau. Herausgeberin: Grüne Aargau
Design: fischerdesign.ch, Würenlingen
Druck: Binkert Buag AG, Laufenburg
Cyclus Print, 100% Recyclingpapier. Die Produktion erfolgt klimaneutral und mit erneuerbarer Energie.
Fotos, wo nichts erwähnt: Grüne Aargau

P.P.
CH-5400 Baden
DIE POST

MAI/JUNI – NR. 2/2018

RUNDBRIEF DER GRÜNEN AARGAU

GRÜNE AARGAU

Demonstration für Geschlechtergleichstellung in Aarau am 8. März. Titelfoto: JUSO Aargau. Foto unten links: Kiste Club Baden. Foto unten rechts: Pascal Staedeli.

THEMA

DER KLEINE UNTERSCHIED MIT GROSSEN FOLGEN

Trotz formeller rechtlicher Gleichstellung ist die Geschlechtergeleichstellung noch lange nicht erreicht. Momentan gibt es weder auf nationaler noch auf kantonaler Ebene eine Mehrheit dafür, diesen Verfassungsauftrag wirksam durchzusetzen. ▸ *Seiten 2 und 3*

BADEN VERLIERT NACHTLEBEN

Claudio Miotti über den Tod des letzten überregional bekannten Clubs in Baden.
▸ *Seite 3*

STRAHLENDE SIEGERIN

Die Betreiberin von Beznau I ist ENSI und Bundesrat offenbar wichtiger als die Bevölkerung. ▸ *Seite 4*

- **INSEKTENSTERBEN:**
  Ein grünes Postulat gegen den Biodiversitätsverlust
  grueneaargau.ch/insektensterben
- **GLÜCK UND ABBAU:**
  Das positive Ergebnis des Kantons ist alles andere als nachhaltig
  grueneaargau.ch/bilanz17

MEHR LESENSWERTES UNTER

grueneaargau.ch
@gruene_aargau
facebook.com/grueneaargau

AMUSE-BOUCHE

WIR SEHEN ROTH

Liebe Grüne und SympathisantInnen

Nach etwas mehr als einem Jahr darf man gut eine erste Bilanz über die Arbeit von Regierungsrätin Franziska Roth ziehen. Das Resultat fällt dabei sehr bescheiden aus. Die neue Regierungsrätin hat ihre Dossiers nicht im Griff, sie glänzt oft mit Abwesenheit, und im Departement scheint betreffend Arbeitsklima eine Eiszeit zu herrschen. Die Schonfrist von unserer Seite ist nun vorbei, und wir werden das Wenige an Arbeit, was wir von ihr sehen, in Zukunft sehr kritisch, aber sachlich begleiten. Wir sind sicher, dass wir dabei auch weit ins bürgerliche Lager hinein Unterstützung finden werden. Als abschliessendes Fazit lässt sich sagen, dass sich wohl einige gestandene Bürgerliche Susanne Hochuli wieder ins Amt zurückwünschen würden – mit oder ohne Strategie.
Wir bleiben am Ball.

Gruess
Euer Präsi, Daniel Hölzle

THEMA

DER KLEINE UNTERSCHIED MIT GROSSEN FOLGEN

Es steht nicht gut um die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Es steht nicht gut um die geschlechterunabhängige Freiheit. Umso mehr gilt es jeden Tag zu kämpfen, damit unsere Enkel frei sein können – mit und ohne Schnauz.

Irène Kälin, Nationalrätin ▸

«Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.»
So steht es in unserer Verfassung. Das ist eine zentrale Stütze unseres Rechtsstaats, eine Allgemeingültigkeit unserer modernen Gesellschaft, die Ausganslage für eine Demokratie. Und doch ist und bleibt das Geschlecht, dieser kleine Unterschied, eine Quelle für Ungleichheit mit grossen Folgen für Frauen, Männer und alle weiteren Geschlechter und damit für unsere gesamte Gesellschaft. Frauen verdienen noch immer 20% weniger für gleichwertige Arbeit als Männer. Männer haben noch immer Mühe, eine Kariere jenseits eines Vollzeitpensums realisieren zu können. Kindererziehung ist noch immer vorwiegend in Frauenhand, die Finanzen noch immer vorwiegend in Männerhand. Verwaltungsräte sind Männerdomänen, Kinderkrippen sind Frauensache. Der Mann macht Politik, die Frau putzt. Wer sich mit Penis als Frau fühlt oder mit Busen als Mann, stösst auf viel Unverständnis. Wer mit den beiden Geschlechter gar nichts anfangen kann, fühlt sich zwangsläufig verkehrt in unserer Gesellschaft. Männliche und weibliche Rollenbilder machen aus dem kleinen Unterschied noch immer eine grosse Unfreiheit und oft sogar Ungerechtigkeit und Ungleichheit.

«Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.»
So steht es ebenfalls in unserer Verfassung. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, eine Normalität für jede_n Arbeitgeber_in und jede_n Arbeitnehmer_in. Die Realität sieht aber auch 2018 noch anders aus. Auch 2018 verdienen Frauen noch immer 20% weniger als Männer, und 8% Lohnunterschied sind unerklärbar. Unerklärbar heisst: aufgrund des Geschlechts, präziser: aufgrund des weiblichen Geschlechts. Nur weil Frauen Frauen sind. Lächerlich? Ja, aber diese Lächerlichkeit hat System, und dieses System hat der Ständerat einmal mehr bestätigt. Der Ständerat hat sich gegen obligatorische Lohnkontrollen für Unternehmen mit mehr als 100 Arbeitnehmenden gewehrt mit der Begründung, man möchte diesen bürokratischen Aufwand nicht. Das ist ein Schlag ins Gesicht jeder Frau und gleichzeitig die traurige Realität 37 Jahre nach der Verankerung der Lohngleichheit in der Verfassung. Dabei ist Lohngleichheit kein Extra, keine Gnade und schon gar kein Zückerli. Lohngleichheit ist ein Verfassungsauftrag. Und wer sich gegen wirkungsvolle und verbindliche Massnahmen für Lohngleichheit stellt, der missachtet unsere Schweizer Verfassung und der verachtet Frauen.

Ja, es gibt noch viel zu tun, damit unsere Enkelkinder dereinst im umfassenden Sinne gleichberechtigt und frei aufwachsen können. Und ja, es ist frustrierend, dass die Fortschritte nur im Schneckentempo erzielt werden. Aber wir sind es unseren Kindern schuldig, jeden Tag ein Stück Freiheit zu erkämpfen, jeden Tag ein bisschen an den Geschlechterrollen zu knabbern und den kleinen Unterschied Stück für Stück aufzuheben – auf dass die Geschlechterrollen zerfliessen und alle Menschen ungeachtet ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung gleich sind in ihrer vielfältigen Unterschiedlichkeit. ■

KULTURPOLITIK

FEIERN IM AARGAU? NICHT MIT UNS!

Als junge und junggebliebene Menschen hat man es im Kanton Aargau nicht leicht. Nicht nur entschied sich das Stimmvolk leider für das neue Stipendiengesetz, welches Studenten das Leben unnötig schwerer macht, wir bleiben auch einer der letzten Kantone in der Schweiz welcher nach wie vor ein Tanzverbot an hohen Feiertagen kennt.

Claudio Miotti, Junge Grüne Aargau ▸ Glücklicherweise hat der Grosse Rat entschieden, dass die Gemeinden in Zukunft selber über das Tanzverbot entscheiden dürfen. So hat die Stadt Baden entschieden, dass die Bars und Clubs auch an hohen Feiertagen länger geöffnet haben dürfen. Nur, was nutzt uns das Recht, tanzen zu dürfen, wenn man nirgends tanzen kann?
Als jüngstes Beispiel der jugendfeindlichen Politik des Kantons kann man das Schicksal des bekannten Nachtclubs «Kiste» in Baden nennen. Nachdem die Stadt dem Club erlaubt hat, an Wochenenden länger geöffnet zu haben, klagte das Hotel Linde gegen den Club (obwohl vis à vis des Hotels eine Bar steht, die an Wochenenden bis 6 Uhr offen haben darf, was anscheinend nicht gestört hat). In letzter Instanz schliesslich gab das kantonale Departement für Bau, Verkehr und Umwelt dem Hotel recht. In Konsequenz zu dieser lustfeindlichen Haltung der Kantonsverwaltung gab der Nachtclub nun die Schliessung bekannt, womit der letzte Badener Club mit überregionalem Renommee dicht macht.
Wieder einmal wurde bewiesen, dass der Aargau anscheinend kein Interesse an einer Urbanisierung seiner Städte hat und lieber provinziell bleibt. Ganz zu schweigen von den Millionen Franken, die dem lokalen Gewerbe verloren gehen, da das Nachtvolk gezwungenermassen nach Zürich ausweichen muss. So bezeichnet der Zürcher Nightlife-Experte Alex Flach den Entscheid der Verwaltung auch als «provinziellen Verhältnisblödsinn der lächerlichsten Sorte». In absehbarer Zukunft bleibt der Aargau also ein Kanton, in dem sich Fuchs und Hase sprichwörtlich gute Nacht sagen (wenn möglich spätestens um Mitternacht). ■

THEMA

WE SHOULD ALL BE FEMINISTS

Feminismus bedeutet laut Duden eine «Richtung der Frauenbewegung, die […] eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Normen (z.B. der traditionellen Rollenverteilung) und der patriarchalischen Kultur anstrebt».

Connie Fauver, Co-Präsidentin frauenaargau ▸ Angesichts der unterschiedlichen Strömungen von Feminismus ist eine so offene Formulierung gut. Seit der Frauenbefreiungsbewegung Ende der Sechzigerjahre – die unter anderem die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung in der Familie anprangerte und das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung forderte – wurde viel erreicht: gesetzliche Fortschritte wie Frauenstimmrecht, Fristenlösung und Gleichstellungsgesetz wie auch die Gründung von Institutionen wie Frauenhäusern und Gleichstellungsbüros. Aber die Fortschritte sind nicht endlos und die erkämpften Rechte bedroht: In Polen kämpfen Feministinnen gegen schärfere Abtreibungsgesetze, und bei uns wird die Fachstelle für Gleichstellung aufgelöst, denn «es gibt keine grossen Handlungsfelder mehr» (Regierungsrätin Roth, Tagi vom 12. März 2018). Wir befinden uns zwischen Backlash und #MeToo. Es ist an der Zeit, die Vielfalt an feministischen Strömungen zu nutzen und persönliche Differenzen zu überwinden, um gemeinsam dafür zu kämpfen, dass die grundlegende Veränderung in unserer Gesellschaft stattfindet. Denn wenn es uns um die Sache geht, muss es egal sein, welche Richtung unser Feminismus hat und wer genau unsere Vorbilder sind. Je sichtbarer und vielfältiger diese Vorbilder jedoch sind, desto eher bieten sie jungen Menschen eine breite Palette an Lebenswegen und Identitäten, die es ihnen ermöglicht, sich aus den gesellschaftlichen Normen und Zwängen zu befreien. Unsere unterschiedlichen Welten und Hintergründe sollen uns nicht davon abhalten, gemeinsam für dieses Ziel zu kämpfen. Darum sollten wir alle Feministinnen und Feministen sein. ■ *Der Titel dieses Artikels spielt an auf Chimamanda Ngozi Adichie (2014): «We Should All Be Feminists».*

Trotz breitem Widerstand strich der Kanton das Gleichstellungsbüro.